



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Ingrid Heckner, Bernhard Seidenath, Tobias Reiß, Volker Bauer, Jürgen Baumgärtner, Robert Brannekämper, Dr. Ute Eiling-Hütig, Wolfgang Fackler, Max Gibis, Dr. Thomas Goppel, Christine Haderthauer, Florian Hölzl, Klaus Holetschek, Thomas Huber, Hermann Imhof, Sandro Kirchner, Helmut Radlmeier, Heinrich Rudrof, Berthold Rüth, Carolina Trautner, Steffen Vogel** und **Fraktion (CSU)**

Drs. 17/19618, 17/21055

Gesundheitsland Bayern stärken: Kompetenzen erhalten – übermäßigen Mittelabfluss aus Bayern stoppen – Bürgerversicherung ablehnen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene weiterhin dafür einzusetzen, dass das Gesundheitsland Bayern zum Wohle der Patientinnen und Patienten gestärkt wird.

- Die Krankenhausplanung muss weiterhin umfassend in der Kompetenz des Freistaates bleiben. Schritte in Richtung einer monistischen oder teimonistischen Krankenhausfinanzierung sind als Schwächung Bayerns deshalb entschieden abzulehnen.
- Bei der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) gilt es, die Benachteiligung Bayerns zu beenden. In den Gesundheitsfonds fließen von Versicherten aus Bayern regelmäßig deutlich mehr Gelder als umgekehrt aus dem Fonds nach Bayern zurückfließen. Gleichzeitig erhalten die Krankenkassen für bayerische Versicherte zu geringe Zuweisungen. Dies zu ändern, muss Teil einer sozial gerechten Weiterentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung sein.
- Bayern steht zur privaten Krankenversicherung (PKV). Alle Versuche, sie zu zerschlagen oder auszuhöhlen – etwa durch eine sogenannte Bürgerversicherung – werden abgelehnt.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident